

**BUNDESTAGSWAHL 2021****WAS UNS WICHTIG IST – AUCH NACH DER WAHL!****LAGE**

Die Bewältigung der Pandemie versetzt auch die Politik weiter in einen Ausnahmezustand. Sichtlich verunsichert ringen die Parteien um ihre Wahlprogramme, die in Teilen aus der Zeit gefallen scheinen, und tun sich im Wahlkampf noch schwer. Angesichts der größten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg sollte die nächste Bundesregierung alles dafür tun, dass die Wirtschaft zurück auf einen robusten Wachstumspfad findet. Nur so lässt sich der Wohlstand unseres Landes angesichts demografischer Entwicklung, digitaler Transformation und zunehmendem internationalen Wettbewerbsdruck sichern. Es braucht nicht nur agile Arbeitswelten, sondern auch eine agile Bundesregierung, die strukturelle Reformen in Angriff nimmt und Aufbruchsstimmung schafft. Unternehmerische Freiheit und die Wertschätzung guter Tarifpartnerschaft sollten dabei im Zentrum stehen.

**UNSERE FORDERUNGEN****Freiheit sichern**

- Damit die Unternehmen nach Corona durchstarten können, brauchen sie mehr Spielraum für Innovation und erfolgreiches unternehmerisches Handeln.
- Freiheit und Flexibilität für die Betriebe sind die Basis für gute Jobs, hohe Steuereinnahmen und nachhaltig finanzierte soziale Sicherungssysteme.
- Weniger Bürokratie, weniger Regulierung – das muss die Marschrichtung der Bundesregierung sein. Kurz und knapp: ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft!

**Transformation anpacken**

- Wir müssen Deutschland zum Gewinner der Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft machen.
- Dafür müssen wir umfassend in digitale Infrastruktur und in die Köpfe investieren.
- Zentral ist, dass die Transformation nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft angepackt wird.

**Modernes Arbeiten fördern und fordern**

- Im Bereich der Arbeitswelt gilt Subsidiarität: Die Tarifparteien regeln ihre Angelegenheiten, der Gesetzgeber soll nur tätig werden, wenn Lücken entstehen. Wenn eine gesetzliche Regelung getroffen wird, dann mit weitreichenden Öffnungsklauseln für Tarifverträge!
- Mobiles Arbeiten setzt Vertrauen voraus und muss für beide Seiten freiwillig sein. Eine einseitig erzwungene Umsetzung durch Gesetz oder ein gerichtliches Urteil bildet keine sinnvolle Basis.
- Das Arbeitszeitgesetz sollte die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen. Statt einer täglichen Höchstarbeitszeit wäre damit eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden möglich und sinnvoll.

**Sozialstaat neu austarieren**

- Die Sozialabgaben dürfen trotz Pandemie nicht über 40 Prozent steigen.
- Die Herausforderungen durch steigende Lebenserwartung sollten fair auf die Generationen verteilt werden. Dazu gehört auch die Dynamisierung von Altersgrenzen.
- Die betriebliche und private Vorsorge gilt es (weiter) auszubauen und steuerlich zu fördern. Die Kranken- und Pflegeversicherung sollte auf die Sicherung großer Risiken fokussiert werden.

**Zukunft mit Ausbildung sichern**

- Es braucht ein klares Bekenntnis zur dualen Ausbildung als Erfolgsfaktor für den Standort Deutschland.
- Weiterbildung muss sich immer am Bedarf des Unternehmens orientieren. Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung wäre nicht zielführend.
- Die Berufsschulen sollten gleichberechtigt im Digitalpakt Schule berücksichtigt werden.